

# Basler Zeitung

Die Zeitung der Nordwestschweiz

Donnerstag, 3. Mai 2007 | Fr. 2.50

Nummer 102 | 165. Jahrgang

(inkl. MWST)

Basler Zeitung | Aeschenplatz 7 | 4002 Basel  
Tel. 061 639 11 11 | Fax 061 631 15 82 | e-mail [redaktion@baz.ch](mailto:redaktion@baz.ch)  
Abonnements- und Zustelldienst: Tel. 061 639 13 13 | Fax 061 639 12 82  
Elsass/Deutschland, übriges Euroland € 2.00



**heute.**  
**Sean Connery**  
war James Bond –  
jetzt will er die  
Unabhängigkeit  
der Schotten.

> SEITE 2



**region.**  
**Der Philosoph**  
**Ludwig Hasler**  
nimmt die  
Schulreformen  
auf die Schippe.

> SEITE 14



**sport.**  
**Sieg der alten**  
**Meister: Die AC**  
**Milan ist im Final**  
**der Champions**  
**League.**

> SEITE 34



**kultur.**  
**«Goodbye**  
**Bafana» –**  
**ein Film über**  
**die Zeit der**  
**Apartheid.**

> KULTURMAGAZIN 11



## König schlägt King

**DUELL DER BELÄGE.** Roger Federer (oben) hat die auf Sand und Rasen ausgetragene Partie gegen Rafael Nadal verloren. Er unterlag vor 6800 Zuschauern in Palma de Mallorca dem Spanier 5:7, 6:4, 6:7. Der «König der Sandplätze» nutzte im Tie-Break des Entscheidungssatzes seinen vierten Matchball, nachdem der «King of Grass» zweimal ebenfalls einen Punkt vom Matchgewinn entfernt gewesen war. > SEITE 33 Foto AFP

## Das Buch muss auf den freien Markt

Der Bundesrat kippt Buchpreisbindung – Verleger und Buchhändler reagieren mit Unverständnis

ANDREAS SCHNEITTER

**Trotz heftiger Proteste der Buchhändler und Verleger hat der Bundesrat die Aufhebung der Buchpreisbindung bekräftigt: Der Verband habe die Notwendigkeit einer Sonderregelung nicht nachweisen können.**

Nach der Wettbewerbskommission und dem Bundesgericht entzieht nun auch der Bundesrat dem Buchhandel die schützende Hand: Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard gab sich gestern überzeugt, dass die Bücher ohne Preisbindung billiger würden und die Angebotsvielfalt nicht abnehmen werde. Sie verwies auf die Romandie, wo ohne kartellrechtliche Sonderregelung die Anzahl der Buchtitel gleich gross wie in der Deutschschweiz sei.

Der Bundesrat setzt stattdessen auf die Literaturförderung und die Unterstützung

von Bibliotheken, um die Büchervielfalt zu erhalten.

Der Buchhändler- und Verlegerverband nahm den Entscheid in einer ersten Stellungnahme «mit grossem Bedauern» zur Kenntnis. Der Bundesrat setze «in seiner neoliberalen Manier ein falsches kulturpolitisches Zeichen» und trage somit die Verantwortung für «irreversible Konsequenzen» für den Deutschschweizer Buchmarkt: Alles werde teurer.

**HÄNDLER HOFFEN.** Auf Nachfrage legen die Buchhändler mehr Zurückhaltung an den Tag. «Überhastete Preisangebote sind von uns nicht zu erwarten», sagt Thalia-Geschäftsführer Hanspeter Buehler, und für Rolf Wetzel von der Basler Buchhandlung Labyrinth ist es «falsch, jetzt schon in Pessimismus zu ver-

fallen». Andere Vertreterinnen und Vertreter der Branche nehmen den Entscheid gar als Chance wahr. Philip Karger, Geschäftsführer von Karger Libri, hofft darauf, dass «die Kunden dank den tieferen Preisen nun nicht mehr im Ausland einkaufen». Kleinere Buchhandlungen würden nur aufgeben müssen, sofern sie nicht auf den freien Markt vorbereitet sind, «die anderen werden sich spezialisieren. Dazu braucht es keine Preisbindung.»

Die letzten Hoffnungen des Buchhändler- und Verlegerverbandes liegen nun bei der Wirtschaftskommission des Nationalrats. Diese arbeitet an einem Gesetzesentwurf, der im Sommer 2009 vor Parlament kommt und die Buchpreise ausserhalb des Kartellgesetzes neu regeln soll.

> SEITE 2, KULTURMAGAZIN 3

## Kehrtwende bei Verbandsbeschwerde

Einschränkende Zürcher FDP-Initiative wird vom Bundesrat unterstützt

BARBARA STÄBLER, GEORG SCHMIDT

**Während der Bundesrat vor Kurzem noch eine Volksinitiative ablehnte, die das heutige Verbandsbeschwerderecht beschneiden will, hat er gestern überraschend Ja zur Initiative gesagt.**

Umweltminister Moritz Leuenberger gebührte gestern die zweifelhafte Ehre, den Medien die bundesrätliche Kehrtwende beim Verbandsbeschwerderecht zu erklären. Im vergangenen Herbst hatte die Landesregierung nämlich die von der Zürcher FDP eingereichte Initiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz» noch abgelehnt.

Gestern gab Leuenberger bekannt, dass die Landesregierung die Initiative nun doch unterstütze und dem Parlament zur Annahme empfehle – ohne Gegenvorschlag. Die Initiative untersagt eine Verbandsbeschwerde, falls ein Projekt von einem Parlament oder vom Volk schon genehmigt wor-

den ist. Leuenberger liess vor den Medien allerdings keinen Zweifel daran, dass er den Entscheid der Regierung kaum goutiert. Er werde sicherlich nicht persönlich für die Initiative eintreten, sagte er.

**VCS ABGEBLITZT.** Auch in der Region Basel haben bürgerliche Politiker nach einer Einschränkung oder Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts gerufen, nachdem sich der Verkehrsclub der Schweiz (VCS) gegen drei Bauprojekte im Prattler Shoppinggebiet Grüssen quergelegt hatte. Nach dem Baselbieter Kantonsgericht hat jetzt auch das Bundesgericht die VCS-Beschwerde gegen den Media-Markt-Neubau abgewiesen. Die Lausanner Richter verneinten einen funktionalen Zusammenhang mit anderen Projekten in dieser Einkaufszone. Das Vorhaben kann damit ohne Umweltverträglichkeitsprüfung verwirklicht werden. > SEITEN 5, 19

## Anita Fetz verlangt mehr private Gelder fürs Theater

**BASEL.** SP-Ständerätin Anita Fetz fordert in einem Gespräch mit der baz eine neue Trägerschaft für das Theater Basel. Der Kanton Basel soll aus seiner grossen finanziellen Verantwortung entlassen werden und gemeinsam mit den Nachbar-kantonen, den umliegenden Gemeinden, Stiftungen und Firmen das Dreipartenhaushaus tragen. Damit sollen Gelder frei werden für Nischenkultur, Popbands und freie Gruppen. > KULTURMAGAZIN 4

## bazkulturmagazin. Heute mit b7 – der Wochenvorschau

**PROGRAMM.** «Basel tanzt» mit Truppen von Schweden bis Russland. > SEITE 5

**BALSAM.** Wonnepop mit «I'm From Barcelona» in der Kaserne Basel. > SEITE 16

**TAMTAM.** «The Modernist» legt im «Nordstern» Basel auf. > SEITE 19

**EINPRÄGSAM.** Sylvie Aubry in der Basler Galerie Franz Mäder. > SEITE 25

## Bundesrat Blocher warnt vor Zuwanderer-Strom

**BERN.** Ab dem kommenden 1. Juni können alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger der 15 alten EU-Staaten sowie aus Malta, Zypern und den Ländern der Efta eine Arbeitsstelle in der Schweiz annehmen. Aufgrund dieser Regelung werde die Nachfrage nach Arbeitsplätzen in den Sommermonaten stark ansteigen, sagte Bundesrat Christoph Blocher gestern vor den Medien in Bern. > SEITE 4

## Erdogan übt heftige Kritik am Verfassungsgericht

**ISTANBUL.** Der türkische Regierungschef Erdogan hat die Annullierung der Präsidentschaftswahl durch das Verfassungsgericht als Schlag gegen die Demokratie kritisiert. Künftig möchte Erdogan den Präsidenten direkt vom Volk wählen lassen. Die nötigen Verfassungsänderungen sollten noch vor den für Ende Juni geplanten, vorgezogenen Neuwahlen realisiert werden. Den annullierten Wahlgang will Erdogan am Sonntag wiederholen lassen. > SEITE 9

## Mobiltelefone mausern sich zu Taschencomputern

**DIGITAL.** Früher, als Mobiltelefone noch zum Telefonieren da waren, musste auf Personal Digital Assistants (PDA) zurückgegriffen, wer unterwegs Dokumente anschauen oder Kontakte pflegen wollte. In der Zwischenzeit haben die Handys aber ungeniebig dazugelernt und beginnen, die PDA zu verdrängen. So genannte Smartphones warten mit einer Fülle von praktischen Funktionen auf. > SEITE 32

## Basler Pensionskassen-Debakel hat Folgen

Auch staatliche Finanzverwaltungen sollen dem Geldwäschereigesetz unterstellt werden

CHRISTIAN MENSCH

**Finanzverwaltungen, die auch privates Vermögen betreuen, sollen strenger überwacht werden. Das Eidgenössische Finanzdepartement sucht nach Lösungen.**

Die Einstellung des Strafverfahrens gegen ehemalige Verantwortliche der Basler Finanzverwaltung ist rechtens. Dies hat das Basler Strafgericht im vergangenen November festgestellt. Nun liegt das ausführliche Urteil der baz vor. Es zeigt, dass die Verantwortlichen nur

knapp an einer Anklage vorbeigekommen sind. Entscheidend für das Gericht war, dass die riskanten Börsengeschäfte zwar zu Gewinnverminderungen vor allem bei der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) geführt hatten, nicht aber zu Verlusten.

Der Ball liegt nun aber beim Eidgenössischen Finanzdepartement. Wie aus dem Urteil des Strafgerichts hervorgeht, prüft dieses im Rahmen eines Verwaltungsstrafverfahrens, ob die

Basler Finanzverwaltung nicht gegen Bestimmungen des Geldwäschereigesetzes verstossen hat. Konkret: Ob ihr für die Verwaltung von Vermögen beispielsweise privater Stiftungen nicht die nötige Bewilligung gefehlt habe.

**EXPERTISE.** Das Verfahren wurde vom Zürcher Anwalt Alexander Rabian initiiert. Er verfasste für die Basler Staatsanwaltschaft das Gutachten, aufgrund dessen das Verfahren gegen die ehe-

malige Spitze der Finanzverwaltung eingestellt wurde. Auch das Strafgericht stützt sich auf diese Expertise.

Rabian ist beim Verband der Vermögensverwalter aber auch zuständig für die Einhaltung der Normen des Geldwäschereigesetzes. In dieser Funktion fordert er verschärfte Auflagen für Finanzverwaltungen: «Wenn der Staat wie ein privater Finanzintermediär Vermögen verwaltet, muss er auch so behandelt werden.» > SEITE 13

### INHALTSVERZEICHNIS

heute	2-3	kulturmagazin	mit
schweiz	4-5	veranstaltungen	
international	9-11	und tv-programm	1-40
wetter	12		
region/stadt	13-18		
impressum	18		
region/land	19-25	fahrzeuge	8
forum	26	immobilien	20
wirtschaft	27-29	dienstleistungen	20
börse	30-31	finanzen/geschäfte	28
digital	32	notfälle	38
sport	33-37	bestattungen	38-39
letzte	40	roman	39



9 771420 300001 00102